

Niechtensteiner Volksblatt

Organ für amtliche Kundmachungen.

Erscheint an jedem Freitag. Abonnementspreis: Für das Inland jährlich 4 Fr., halbjährlich 2 Fr., vierteljährlich 1 Fr., mit Postverendung und Zustellung ins Haus; für Oesterreich und Deutschland mit Postverendung jährlich 5 Fr., halbjährlich 2.50 Fr., für die Schweiz und das übrige Ausland jährlich 6 Fr., halbjährlich 3 Fr., vierteljährlich 1.50 Fr. franco ins Haus. Man abonniert im Inlande bei den betreffenden Briefboten; fürs Ausland bei den nächstgelegenen Postämtern oder bei der Redaktion des „Volksblattes“; für die Schweiz bei der Buchdruckerei J. Kuhn in Buchs (St. Gallen). — Briefe und Gelder werden franko erwartet. — Einrückungsgebühr für Inserate im Publikationsorte für die dreispaltige Zeile oder deren Raum 8 h oder 10 Rp. — Korrespondenzen, Inserate und Gelder sind an die Redaktion einzusenden und zwar erstere spätestens bis jeden Mittwoch mittags.

Baduz, Freitag

N. 35

den 1. September 1905.

Amtlicher Teil.

Kundmachung.

Da mit Ende Dezember 1905 die dreijährige Eichfrist abläuft, werden den Besitzern eichpflichtiger Wagen, Maße und Gewichte die Bestimmungen der Regierungsverordnung vom 22. Februar 1884 L.-Gbl. Nr. 1 betreffend die Handhabung der Eichungsvorschriften und die Nachreichung mit dem Beifügen in Erinnerung gebracht, daß die Unterlassung der vorgeschriebenen Nachreichung die in dem Gesetze vom 16. September 1875 L.-Gbl. Nr. 3 vorgesehenen Straffolgen nach sich zieht und daß die höheren Gebühren zu entrichten sind, falls die Nachreichung nicht noch im Laufe dieses Jahres bei dem k. k. Eichamte Feldkirch veranlaßt wird.

Zum Beginn des kommenden Jahres wird eine polizeiliche Revision der im öffentlichen Verkehr stehenden Maße und Gewichte vorgenommen werden.

Fürstl. Regierung.

Baduz, am 23. August 1905.

v. In der Maur m./p.

Nichtamtlicher Teil.

Waterland.

Kirchliches. Der Neupriester Hr. Büchel aus Gamprin kommt als Vikar in das Gesellenhaus nach Zürich; Herr Vuinger aus Eschen, bisher in Rom, ist bestimmt als Benefiziat nach Chur.

Baduz. Die am Sonntag den 20. August dahier abgehaltene Generalversammlung des Viehverversicherungsvereins nahm bei zahlreichem Besuche ihren programmatischen Verlauf. Der Rechnungsabschluss vom I. Semester 1905 ergab ein Reinervermögen des Vereins von K. 31,762.61.

Der Versicherungsverein besteht derzeit aus 725 Mitgliedern. Dieselben versicherten im I. Semester 1905 2151 Stück Großvieh im Schätzungswerte von K 989,330, 843 Stück Jungvieh im Schätzungswerte von K 172,540. — Umgestanden sind: 24 Stück Großvieh und 11 Stück Jungvieh im Gesamtschätzungswert von 14,110 K. Die hierfür entfallene Entschädigungssumme beträgt K 10,582, wovon 3139 K durch die nutzbaren Abfälle (Fleisch und Häute), die restlichen 7442 K in Barzahlung aus der Vereinskassa getilgt wurden. Nach Verlesung und Genehmigung der Rechnung wurde nachstehender, von der Vereinsdirektion eingebrachter Antrag einstimmig angenommen: „Die Prämienätze für das Jungvieh sind für das Wintersemester 1906 auf $\frac{9}{10}$ % des Schätzungswertes zu reduzieren. Die Fixierung der Prämienätze für das Sommersemester 1906 bleibt der nächstfolgenden Generalversammlung vorbehalten.“ Motiviert wurde der Antrag durch den Hinweis auf die verminderte Sterblichkeit der vorgenannten Tiergattung und den günstigen Stand der Vereinskassa. Zum ersten Male seit dem Bestehen des Vereines sind somit die Prämienätze für das Jungvieh denjenigen des Großviehes gleichgestellt und unter 1 % des Schätzungswertes reduziert. Möge die günstige Sachlage von langer Dauer sein!

Politische Rundschau.

Zu den Friedensverhandlungen in Portsmouth. Die Aussichten auf das Zustandekommen des Friedens zwischen Rußland

und Japan wechseln von Stunde zu Stunde. Bald erglänzt der Horizont im hellsten Sonnenschein, bald ballen sich pechschwarze Wolken zusammen. Doch sei festgestellt, daß nunmehr die ungünstigen Nachrichten stark überwiegen. Bisher schien es, daß den eigentlichen Stein des Anstoßes die Insel Sachalin bildet, in deren Abtretung der Zar unter keinen Umständen einwilligen will. Jetzt ist aber Sachalin in zweite Linie gerückt, während der eigentliche Kampf um die Frage der Kriegsschädigung geführt wird. Die Lösung: kein fußbreit Landes, ist der Parole: kein Rubel Kriegsschädigung, gewichen. Präsident Roosevelt ist mit dem Vermittlungsvorschlag hervorgetreten, Japan soll den nördlichen Teil von Sachalin gegen eine Summe, die den Japanern Ersatz für ihre Kriegskosten bringen würde, an Rußland zurückgeben. In Petersburg sträubt man sich aber nicht so sehr dagegen, daß die Japaner den südlichen Teil von Sachalin erhalten sollen, als gegen die Zumutung, daß Rußland schweres Geld für Nord-Sachalin erlegen soll. Dem russischen Minister des Auswärtigen Grafen Samssdorff wird der schwerwiegende Ausdruck in den Mund gelegt: „Es ist der endgültige Entschluß Rußlands, keine Kontribution in irgend welcher Form, sei es als Entschädigung oder Käufpreis, für Sachalin oder unter irgend einem anderen Vorwande zu zahlen.“ Graf Samssdorff soll hinzugefügt haben, daß es sich nicht um den Betrag, sondern um den Grundsatz handelt, da die Leistung einer Kriegsschädigung, in welcher Form immer, mit der nationalen Ehre unvereinbar sei. Milder schroff klingt eine andere Angabe, wonach Japan 120 Millionen Pfund Sterling fordert, Rußland dagegen nur 50 Millionen geben will. Nach dieser Darstellung hätte man in Petersburg das Prinzip des absoluten Nichtzahlens verlassen und sich auf das Gebiet des Feilschens begeben. Ist das richtig, dann würde die Lage viel von ihrem bedrohlichen Charakter verlieren. Die Friedensfrage ist damit zu einer Geldfrage geworden sowohl für Rußland wie für Japan. Denn auch die Japaner würden, wie es scheint, eher auf den Besitz von Sachalin verzichten als auf die vielen Millionen, die sie als Friedenspreis fordern und mit denen sie die zu Kriegszwecken aufgenommenen Anleihen zu begleichen gedenken. Aber gerade das bewirkt es, daß man in Petersburg von einer Geldleistung nichts wissen will. An der Newa hat sich die Vorstellung festgesetzt, daß Japan am Ende seiner Hilfsmittel angelangt sei und eine Fortsetzung des Krieges, auch wenn die Japaner neue Erfolge erringen sollten, unfehlbar den finanziellen Zusammenbruch des Inselreiches nach sich ziehen würde.

Die Kriegspartei am Zarenhofe hat einen leichten Stand mit ihrer Argumentation, daß Rußland mit dem vielen Gelde, welches Japan verlangt, den Krieg noch ein Jahr fortsetzen könne und Japan zuletzt wegen Erschöpfung seiner Mittel um Frieden werde bitten müssen.

Ueber die Friedensunterhandlungen machte Witte in Portsmouth einem Korrespondenten des „Daily Tel.“ folgende Mitteilungen: Ich kam hieher vom aufrichtigen Wunsche befeelt, eine annehmbare Grundlage für einen Frieden zu finden. Ich verurteilte den Krieg vom Beginne an und hätte gern schon längst zu seinem Ende beigetragen. Dieser Wunsch, den ich vielfach dokumentiert habe, ist ein Beweis der Aufrichtigkeit, mit der ich in die Verhandlungen zu Portsmouth eintrat. Ich kam

im Besitze der ausgiebigsten Vollmachten, über Bedingungen zu verhandeln, Zugeständnisse zu machen, Verträge zu unterzeichnen, und ich habe den ausgiebigsten Gebrauch von diesen Vollmachten gemacht. In den Verhandlungen bewies ich den Ernst Rußlands durch die ausgedehntesten Zugeständnisse, die mit der russischen nationalen Ehre und Würde vereinbar waren. Von diesem Gesichtspunkte akzeptierte ich wichtige Bedingungen, betr. Ostasien, mit einem Worte, ich hielt nichts zurück, was ich irgendwie zugestehen konnte. Das geht doch teilweise schon daraus hervor, daß jetzt bloß Differenzen über zwei von den zwölf Punkten existieren. Da aber diese zwei Fragen die Ehre und Würde Rußlands berühren, so konnte ich mich auf kein Kompromiß einlassen. Auf meine eigene Verantwortung und in Ausübung der Vollmachten des Zaren habe ich ohne Zögern die Offerten zurückgewiesen, welche die Japaner, betreffend Gelddahlung und die Abtretung Sachalins machten. In Beantwortung der Frage nach der Hauptsache der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Delegierten der beiden Länder kann ich bloß sagen, daß grundverschiedene Gesichtspunkte vorherrschen. Ich gehe von der Annahme aus, welche durch die Tatsache begründet ist, daß Rußland nicht geschlagen ist. Wenn der Zar, vom Wunsche befeelt, das Blutvergießen zu beendigen, bereit war, den Kampf abzubrechen und einen vernünftigen Ausgleich mit dem Gegner zu erzielen, so war es unbillig, daraus zu schließen, daß Rußland geschlagen und auf die Knie gedrückt ist. Noch kann ich keine Prophezeiung über das schließliche Resultat der Konferenz machen. Allein selbst wenn es sich ereignet, daß wir in unsere Heimat zurückkehren, ohne die Aufgabe erfüllt zu haben, für die uns unsere Monarchen auswandten, so bin ich doch der Meinung, daß unser Werk nicht umsonst war. Es wird in der Geschichte fortleben, nicht nur als Protokoll, sondern als lebende Kraft, als wertvoller Präzedenzfall, der Generationen hindurch Früchte tragen wird. Das Geschehnis ist ohne Parallele in der Geschichte. Noch nie haben 2 Monarchen, die im Krieg verwickelt waren, sich bemüht gefühlt, Delegierte zu entsenden, um Maßregeln für die Beendigung der Feindseligkeiten zu treffen, bevor der Feldzug einen entscheidenden Ausgang genommen hatte.

Die deutsch-afrikanischen Kolonien bereiten dem Mutterlande schwere Sorgen. Zum Herero-Krieg in Deutsch-Südwestafrika, der sich von Monat zu Monat weiterschleppt, sind Unruhen in Deutsch-Ostafrika gekommen. Für den Feldzug in Deutsch-Südwestafrika sind bis Ende Juli rund 137 Millionen Mark ausgegeben worden. Bis Mitte August gab es auf Seite der deutschen Truppen 865 Tote. Voraussichtlich im Oktober wird der neue Gouverneur des südwestafrikanischen Schutzgebietes, Vindequist, der den bisherigen Gouverneur Deutwein ersetzt, dort eintreffen. Für Ostafrika hat dessen Gouverneur, Graf Sagen, vor noch nicht langer Zeit günstige Prognostiken ausgesprochen. Er hoffe, in wenigen Jahren würde die Kolonie finanziell auf eigenen Beinen stehen. Er sprach freilich damals auch von der Gefahr, daß der Aufstand in Südwestafrika im Osten Nachfolge finden könnte. Dieses Unheil ist nun Tatsache geworden und die Aufstandsercheinungen sind ernsthaft genug, um die Mobilmachung der deutschen Marine-Infanterie nötig gemacht zu haben. Jedes Bataillon stellt 3 Offiziere und 80 Mann. Das